

Veränderung der betrieblichen Situation seit Beginn des Ukraine-Krieges

November 2023

Seit Beginn des Krieges in der gesamten Ukraine im Februar 2022 haben sich die Rahmenbedingungen für Betriebe auch in Deutschland verändert. In welchen Bereichen stellen Betriebe konkrete Auswirkungen fest? Wie hat sich seither ihre wirtschaftliche Lage entwickelt? Inwieweit gehen damit Konsequenzen für die Beteiligung an der Ausbildung und die Übernahme Ausgebildeter einher? Mit diesen und weiteren Fragen wandte sich das Bundesinstitut für Berufsbildung (BIBB) im zweiten Quartal 2023 an die Betriebe des Referenz-Betriebs-Systems (RBS).

Die Antworten der 419 teilnehmenden Betriebe (Rücklauf = 31%) zeigen, dass es bei einem Teil der Betriebe zu einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse gekommen ist und diese Betriebe seltener als andere für den Herbst 2023 Ausbildungsplätze anboten. Insgesamt stellen sich Ausbildungs- und Übernahmepaxis aber auch im zweiten Jahr des Ukraine-Krieges relativ robust dar.

Auswirkungen des Ukraine-Krieges haben fast alle Betriebe erreicht

Nach der Covid-19-Pandemie hat der seit Anfang 2022 in der gesamten Ukraine geführte Krieg (im Folgenden kurz Ukraine-Krieg) verdeutlicht, wie fragil viele Rahmenbedingungen des wirtschaftlichen Handelns der deutschen Wirtschaft sind. Davon bleiben auch die einzelnen Betriebe nicht verschont. Das zeigt sich vor allem daran, dass von den befragten RBS-Betrieben nur fünf Prozent angaben bislang in keinem von insgesamt acht thematisierten Bereichen ihres wirtschaftlichen Handelns Veränderungen gegenüber den Bedingungen vor Kriegsbeginn wahrzunehmen. Alle anderen Betriebe registrieren Veränderungen – hauptsächlich negativer Art.

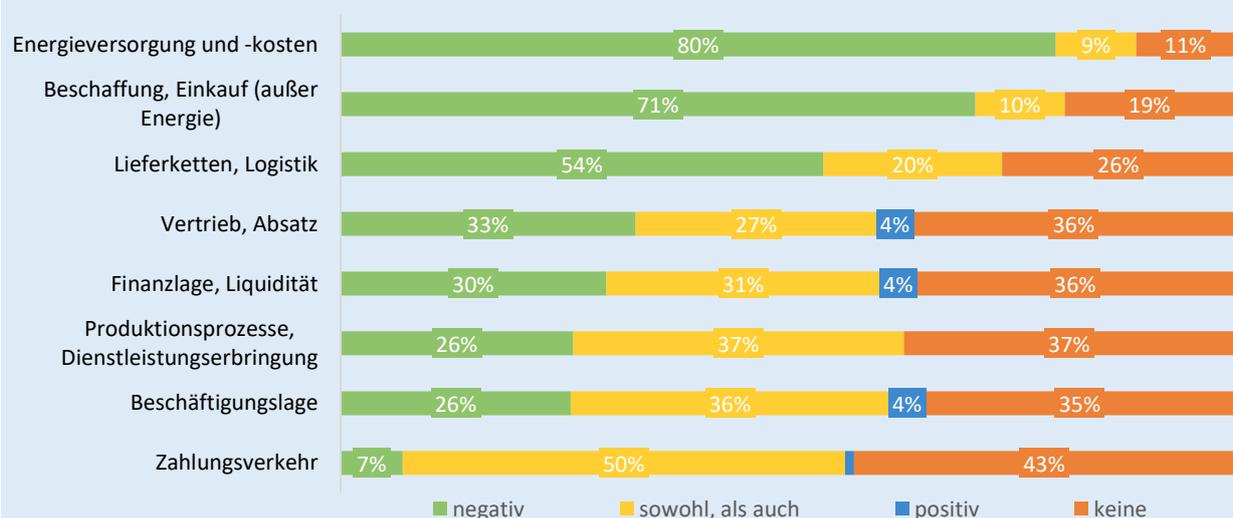
Das betrifft in besonderem Maße die Energieversorgung und die damit einhergehenden Kosten (vgl. Abb. 1). Vier von fünf Betrieben (80 %) gaben an im Energiebereich von Versorgungsproblemen und/oder Teuerungen betroffen zu sein.

Die Beschaffung anderer Rohstoffe und Materialien ist für sieben von zehn Betrieben (71 %) seit Kriegsbeginn schwieriger geworden. Gut jeder zweite Betrieb (54 %) hat mit Problemen bei Lieferketten und Logistik zu kämpfen. In den weiteren thematisierten Bereichen sind deutlich weniger Betriebe ausschließlich von negativen Auswirkungen betroffen. Vielmehr können größere Teile der Betriebe entweder gar keine Veränderungen feststellen oder es halten sich negative und positive Folgen mehr oder weniger die Waage. Letzteres ist vor allem beim Zahlungsverkehr gegeben. Zu rein positiven Auswirkungen kam es selten und das auch nur in wenigen Bereichen, wie etwa der Beschäftigungslage.

Wirtschaftslage im Frühjahr 2023 weniger positiv als Anfang 2022

Es steht zu vermuten, dass sich die negativen Auswirkungen auch auf die Wirtschaftslage der Betriebe

Abbildung 1: In welchen Bereichen Betriebe Auswirkungen des Ukraine-Krieges registrieren



Quelle: RBS 48; N = 410 ≤ n ≤ 413 (ungewichtet); gewichtete Ergebnisse ohne fehlende Angaben, Werte ganzzahlig gerundet, Anteilswerte unter 4 Prozent sind numerisch nicht ausgewiesen

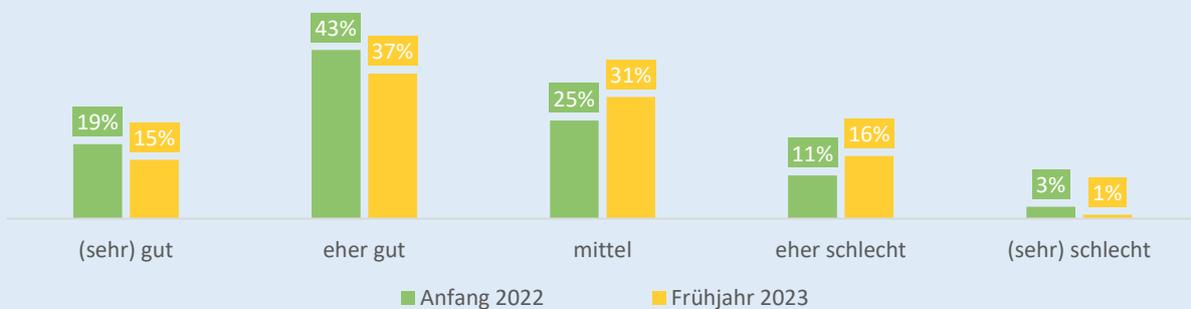
auswirken. Die Wirtschaftslage wurde im zweiten Quartal 2023 zwar von gut jedem zweiten Betrieb zumindest der Tendenz nach als positiv eingestuft. Mit Blick zurück auf Anfang 2022 nahmen aber damals erkennbar mehr Betriebe eine positive Einstufung vor (vgl. Abb. 2).

Der für jeden Einzelbetrieb durchgeführte Vergleich der für die beiden Zeitpunkte vorgenommenen Einstufungen (ohne Abbildung) unterstreicht, dass sich die wirtschaftliche Situation bei 25 Prozent der teilnehmenden RBS-Betriebe zwischen Anfang 2022 und Frühjahr 2023 (leicht) verschlechtert hat. Einen wirtschaftlichen Aufwärtstrend verzeichneten 17 Prozent der Betriebe, bei allen anderen (59 %) kam es zwischen Anfang 2022 und Frühjahr 2023 zu keiner Veränderung der Wirtschaftslage.

ausgeweitet (s. o.). Wie stellt sich das betriebliche Ausbildungsengagement vor diesem Hintergrund dar? Diese Frage wird auf Basis der Antworten der Ausbildungsbetriebe in der Stichprobe (s. u. Methodische Hinweise zur RBS-Befragung 48) bearbeitet.

Von den Ausbildungsbetrieben gaben 70 Prozent an für das im Herbst 2023 beginnende Ausbildungsjahr Ausbildungsplätze anzubieten bzw. angeboten und bereits besetzt zu haben. Die übrigen Ausbildungsbetriebe stellen 2023 keine Ausbildungsplätze zur Verfügung. Unterschiede bestehen diesbezüglich etwa zwischen größeren und kleineren Betrieben. Während kaum ein größerer Betrieb (4 %) für 2023 keine Ausbildungsplätze anbietet, sind es bei kleineren Betrieben 31 Prozent. Dieser Unterschied dürfte im Wesentlichen darauf zurückgehen, dass kleinere Betriebe – anders als

Abbildung 2: Beurteilung der Wirtschaftslage durch die Betriebe im Vergleich zwischen 2022 und 2023



Quelle: RBS 48; N = 385 ≤ n ≤ 411 (ungewichtet); gewichtete Ergebnisse ohne fehlende Angaben, Werte ganzzahlig gerundet

Bei Handwerksbetrieben und Betrieben des produzierenden und verarbeitenden Gewerbes kam es noch etwas häufiger zu wirtschaftlichen Verschlechterungen (29 %), am seltensten waren Betriebe aus Industrie und Handel betroffen (20 %). Zugleich kam es bei diesen am häufigsten zu wirtschaftlichen Verbesserungen (29 %). Ferner zeigte sich, dass Betriebe, deren Wirtschaftslage sich binnen Jahresfrist verschlechtert hat, bislang mehr negative Auswirkungen des Ukraine-Krieges verzeichneten, als Betriebe mit stabiler oder verbesserter wirtschaftlicher Situation. Die eingangs geäußerte Annahme, dass die Auswirkungen des Ukraine-Krieges Betriebe auch wirtschaftlich treffen, wird damit gestützt.

Bereitstellung von Ausbildungsplätzen variiert mit wirtschaftlicher Entwicklung

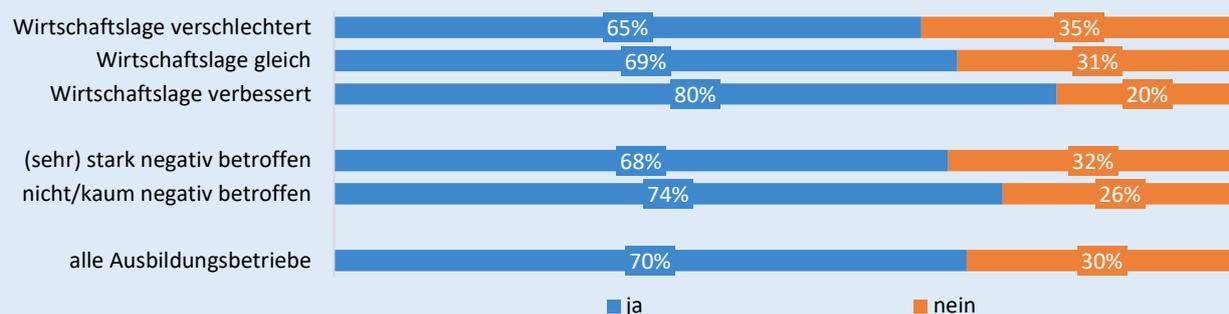
Im ersten Jahr nach Beginn des Ukraine-Krieges blieb das betriebliche Ausbildungsangebot trotz der bereits kurz nach Kriegsbeginn bei größeren Teilen der Betriebe eingetretenen Auswirkungen weitgehend stabil.¹ Im zweiten Jahr des Ukraine-Krieges haben sich die negativen Auswirkungen auf nahezu alle Betriebe

größere – oftmals nur im Abstand von zwei oder drei Jahren Ausbildungsplätze anbieten. Unterschiede bestehen aber auch zwischen Betrieben, deren wirtschaftliche Lage sich seit Kriegsbeginn verschieden entwickelt hat, sowie zwischen ungleich stark von negativen Auswirkungen des Ukraine-Krieges betroffenen Betrieben (vgl. Abb. 3).

Die Unterschiede zwischen geringer und stärker von negativen Auswirkungen betroffenen Betrieben sind zwar nicht ganz so groß (68 % ggü. 74 %) wie zwischen anderen Gruppen, wohl aber die zwischen Betrieben, deren Wirtschaftslage sich zuletzt verschlechtert, stabil entwickelt oder verbessert hat (65 % ggü. 80 %). Da gerade Betriebe mit einer sich verschlechterten Wirtschaftslage durchschnittlich stärker als die anderen Betriebe laut ihren eigenen Angaben in ihrem wirtschaftlichen Handeln von negativen Kriegsauswirkungen betroffen waren, ist anzunehmen, dass das Ausmaß negativer Auswirkungen zumindest einen gewissen indirekten negativen Effekt darauf hat, ob Betriebe für das im Herbst 2023 beginnende Ausbildungsjahr Ausbildungsplätze anbieten oder nicht.

¹ vgl. RBS Information 47

Abbildung 3: Anteil der Betriebe, die für 2023/2024 Ausbildungsplätze anbieten, nach wirtschaftlicher Entwicklung und negativer Betroffenheit von Auswirkungen des Ukraine-Krieges



Quelle: RBS 48; N = 366 ≤ n ≤ 373 (ungewichtet); gewichtete Ergebnisse ohne fehlende Angaben, Werte ganzzahlig gerundet

Umfang des Ausbildungsangebotes weitgehend robust

Bieten Betriebe für das Ausbildungsjahr 2023/2024 Ausbildungsplätze an, so tun sie dies überwiegend (79 %) in dem Umfang, in dem sie auch in den vorangegangenen Jahren Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt haben. Nur kleinere Teile haben ihr Ausbildungsangebot reduziert (11 %) oder erhöht (10 %). Eine Aufstockung des Angebots ist insbesondere bei größeren Betrieben gegeben (27 %). Rückgänge kommen öfter bei Betrieben aus Industrie und Handel vor (22 %). Aber auch die wirtschaftliche Entwicklung und Betroffenheit vom Ukraine-Krieg spielen eine Rolle. Stärker von negativen Auswirkungen betroffene Betriebe haben dabei allerdings nur etwas häufiger ihr Ausbildungsangebot verringert als bislang in geringerem Maße betroffene Betriebe (vgl. Abb. 4). Am häufigsten haben indes Betriebe ihr Angebot zurückgefahren, die in letzter Zeit einen wirtschaftlichen Aufschwung erlebten. Das ist zunächst überraschend, kann aber daran liegen, dass eine verbesserte Wirtschaftslage je nach Ausgangspunkt nicht zwingend bedeutet, dass sich eine (sehr) gute wirtschaftliche Situation eingestellt hat. Insofern ist zu vermuten, dass ein Teil dieser Betriebe weniger Ausbildungsplätze als sonst anbietet, um den wirtschaftlichen Aufwärtstrend zu verstetigen oder abzuwarten, inwieweit sich dieser stabilisiert.

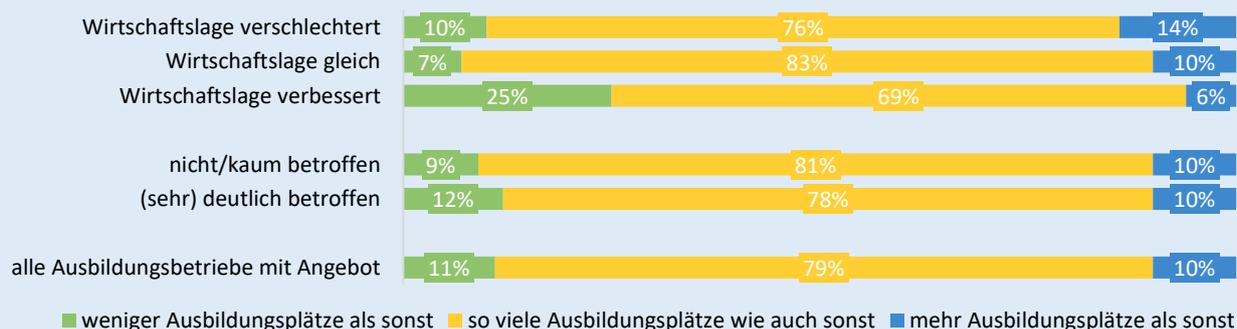
Übernahmeangebote bei stark betroffenen Betrieben seltener

In knapp der Hälfte der Ausbildungsbetriebe in der Stichprobe (46 %) gibt es Auszubildende, die ihre Ausbildung im Jahr 2023 abschließen werden oder bereits abgeschlossen haben. Diese Betriebe wurden danach gefragt, ob sie diesen jungen Menschen anbieten, weiter im Betrieb beschäftigt zu werden.

Während dies bei zehn Prozent der Betriebe nicht der Fall ist, bieten die meisten Betriebe Übernahmen in dem Umfang wie auch in den Vorjahren an (79 %). Wenige wollen mehr Ausgelernten als sonst üblich ein Übernahmeangebot machen (3 %), gut jeder zehnte Betrieb (11 %) will im Jahr 2023 bei den Übernahmeangeboten zurückhaltender sein als zuvor.

Auch hier zeigen sich wieder gewisse Unterschiede je nach wirtschaftlicher Entwicklung und dem Ausmaß negativer Einschnitte, das Betriebe in ihrem wirtschaftlichen Handeln aufgrund des Ukraine-Krieges hinnehmen mussten. Hat sich die wirtschaftliche Lage seit Anfang 2022 verschlechtert, geht dies besonders oft damit einher, dass Betriebe keinem ihrer Auszubildenden, die 2023 die Ausbildung abschließen, eine Weiterbeschäftigung anbieten (24 %). Ähnliches trifft auf Betriebe zu, die in höherem Maße negative Auswirkungen des Ukraine-Krieges verzeichnen (11 %).

Abbildung 4: Umfang des Ausbildungsangebots für Herbst 2023 im Vergleich zu Vorjahren



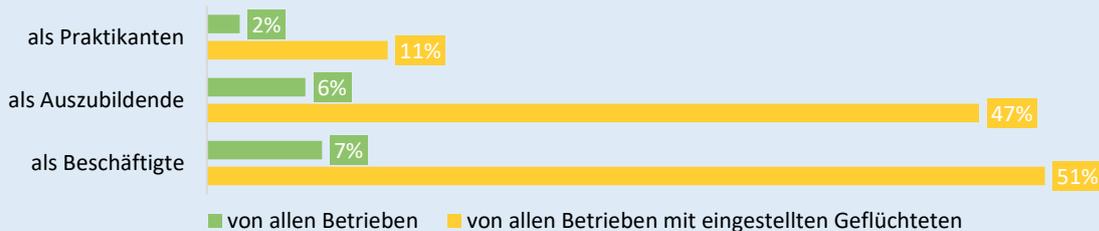
Quelle: RBS 48; N = 297 ≤ n ≤ 317 (ungewichtet); gewichtete Ergebnisse ohne fehlende Angaben, Werte ganzzahlig gerundet;

Demgegenüber gaben auffallend viele Betriebe, die sich seit Anfang 2022 wirtschaftlich verbessert haben, an 2023 weniger Ausgebildete als sonst übernehmen zu wollen (23 %). Möglicherweise geht auch das darauf zurück, dass bei einem Teil dieser Betriebe die wirtschaftliche Erholung zwar eingesetzt, sich aber noch nicht hinreichend verstetigt hat, um Beschäftigung wie zu früheren Zeiten zu ermöglichen.

Fazit

Die Auswirkungen des in der gesamten Ukraine geführten Krieges sind im zweiten Jahr der Kriegshandlungen bei nahezu allen RBS-Betrieben angekommen. Zumeist handelt es sich um negative Auswirkungen, die die wirtschaftliche Tätigkeit der Betriebe beeinträchtigen. Das schlägt allmählich auch

Abbildung 5: Anteil der Betriebe, die seit Anfang 2022 Geflüchtete in Beschäftigung, Ausbildung oder Praktika genommen haben (Mehrfachnennung möglich)



Quelle: RBS 48; N = 419 / 91 (ungewichtet); gewichtete Ergebnisse ohne fehlende Angaben, Werte ganzzahlig gerundet

Geflüchtete aus der Ukraine eher in Beschäftigung als Ausbildung

Menschen, die aus ihren Heimatländern fliehen müssen und in Deutschland Schutz suchen, können dazu beitragen die Arbeits- und Fachkräfteengpässe abzumildern. Dazu zählen seit Anfang 2022 auch verstärkt Geflüchtete aus der Ukraine.

Daher wurden die Betriebe des RBS danach gefragt, inwieweit sie seit Anfang 2022 mit Geflüchteten Beschäftigungs-, Ausbildungs- und/oder Praktikumsverhältnisse eingegangen sind. Mindestens eins dieser Beschäftigungsverhältnisse ging bis zum Befragungszeitpunkt im ersten Quartal 2023 gut jeder achte (13 %) der an der Befragung teilnehmenden Betriebe ein (vgl. Abb. 5). Der Anteil der Betriebe, die Geflüchtete in ein Ausbildungsverhältnis genommen haben, ist annähernd gleich groß wie der Anteil derjenigen Betriebe, die Geflüchtete als Beschäftigte eingestellt haben. Im Vergleich dazu haben nur wenige Betriebe mit Geflüchteten seit Anfang 2022 Praktikumsverhältnisse aufgenommen.

Unter den eingestellten Geflüchteten waren auch Geflüchtete aus der Ukraine. Rund jeder vierte Betrieb (26 %), der seit Anfang 2022 Geflüchtete eingestellt hat, gab an, dass sich darunter auch aus der Ukraine Geflüchtete befunden hätten. Diese wurden fast ausnahmslos als Beschäftigte unter Vertrag genommen, ganz gelegentlich auch als Praktikanten, aber in so gut wie keinem Betrieb als Auszubildende.

auf das Ausbildungs- und Übernahmeverhalten der Betriebe durch. Zwar stellt sich beides bei weiten Teilen der Ausbildungsbetriebe noch relativ robust dar. Das verminderte Ausbildungs- und Übernahmeengagement von in höherem Maße von negativen Kriegsauswirkungen betroffenen Betrieben deutet aber darauf hin, dass ein weiter andauerndes Kriegsgeschehen stärker zulasten der betrieblichen Ausbildungs- und Übernahmepaxis gehen könnte.

Methodische Hinweise zur RBS-Befragung 48

Das RBS umfasst derzeit rund 1.340 Betriebe unterschiedlicher Größen, Branchen und Regionen aus ganz Deutschland. Bei der Aufnahme in das RBS müssen die Betriebe ausbildungsaktiv sein. Im Zeitverlauf kann sich dies allerdings ändern. Ein Ausschluss aus dem Panel erfolgt in solchen Fällen jedoch nicht. Von den 419 Betrieben, die an der 48. Befragung teilnahmen, bilden 89 Prozent aus, die meisten davon nur oder auch auf der Grundlage des Berufsbildungsgesetzes bzw. der Handwerksordnung. Nach Größe differenziert fallen 75 Prozent aller teilnehmenden Betriebe in die Gruppe der kleineren Betriebe mit weniger als 100 Beschäftigten und 25 Prozent in die Gruppe der größeren Betriebe mit 100 und mehr Beschäftigten. 45 Prozent der Betriebe gehören einer Industrie- und Handelskammer, 39 Prozent einer Handwerkskammer und 16 Prozent einer anderen oder keiner Kammer an.

RBS-Befragungen ermöglichen gute Trendaussagen, ohne repräsentativ zu sein. Um die Aussagekraft der vorliegenden Befragung zu stärken, wurde für die Auswertung nach einzelnen Betriebsgruppen nachträglich gewichtet. Alle berichteten Ergebnisse basieren auf den gewichteten Daten.